Familiäre Gewalt und Corona

Wie sind Familien im Lockdown zu erreichen?

Die Pandemie macht die Arbeit zum Schutz vor häuslicher und sexualisierter Gewalt kaum einfacher. Betroffene von familiärer Gewalt finden bei einem Lockdown kaum Entlastung und haben weniger Gelegenheiten, auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Umso wichtiger ist es, die funktionierenden Mechanismen der Hilfen für Kinder, Jugendliche und Familien zu stärken.

> Wolfgang Schmidt

Im Zuge der Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen seit Pandemiebeginn gab es zum Thema häusliche Gewalt unterschiedliche Aussagen. Bei Einrichtungen, die bereits vor der Pandemie anonyme und kostenfreie Zugänge angeboten haben – zum Beispiel Online-Beratungen in Chats, über E-Mail oder zentrale Notrufnummern – und weitreichend bekannt waren, sind die Hilfsgesuche zwischen 20 und 40 Prozent gestiegen. Andere melden keine Veränderung und befürchten, was ExpertInnen den Feiertags-Effekt nennen: nämlich die unbemerkte Zunahme familiärer Gewalt. TäterInnen sind ganztägig zuhause, und es gibt keine Möglichkeit, heimlich zu telefonieren.

Unterstützungssystem fehlt

Der Zugang zu Beratungsstellen findet in der Regel über ein Unterstützungssystem außerhalb der Familie statt: über LehrerInnen, SozialarbeiterInnen, ErzieherInnen und häufig über die Eltern von FreundInnen. So gab es zu Beginn des Lockdowns bei vielen Beratungsstellen einen deutlichen Rückgang von Anfragen. Denn betroffenen Kindern und Jugendlichen fehlen geschützte Plätze im familiären Umfeld, um den Weg zu Vertrauenspersonen oder Beratungsstellen zu finden. So ist es sinnvoll, dass LehrerInnen auch bei digitalen Kontakten aufmerksam sind und im Verdachtsfall online Eins-zu-Eins-Gespräche mit SozialarbeiterInnen initiieren. Das kann zum Beispiel unter dem Vorwand einer Lernunterstützung geschehen. Es gilt achtsam zu sein, Hilfe anzubieten und im Verdachtsfall eine Fachberatungsstelle oder das Jugendamt zu kontaktieren. Die freien Träger und Beratungsstellen haben ihr Angebot so umgestellt, dass sie für Familien, Kinder und Jugendliche erreichbar sind. Die größte Herausforderung bleibt somit die Schließungen von Kitas, Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen und Jugendclubs. Sie sind besonders wichtige Orte, an denen erste Anzeichen von Gewalt wahrgenommen und an die Polizei, Jugendämter, Krisen- und Beratungsstellen gemeldet werden können.

Sind Schulen und Kindertagesstätten geschlossen, finden auch keine Präventionsworkshops statt. Auch deren Träger bieten Online-Dienste für Fachpersonal und Erziehungsberechtigte an. Insbesondere geht es dabei um sexuelle Übergriffe unter Kindern, sexualisierte Gewalt durch Jugendliche ab 14 Jahren und Erstberatung bei Gewalt von Erwachsenen gegen Mädchen und Jungen, die dann zu spezialisierten Fachberatungsstellen weitergeleitet werden können. Beispielsweise hat das Institut für Sexualwissenschaft und Sexualmedizin der Charité angesichts der Covid-19-Situation ein neues Angebot zur therapeutischen Unterstützung von Paaren in akuten Krisensituationen etabliert. Anhand einer Fragebogenstudie wurden die Auswirkungen von Covid-19 auf Partnerschaften erhoben, aktuell werden die Ergebnisse ausgewertet.

Kreative Antworten gefragt

Die besondere Lage erfordert kreative Antworten: ständige telefonische Erreichbarkeit, Umstellen der Gruppenarbeit zum Beispiel auf getrennte oder kleinere Gruppen, Einzelarbeit, Online-Beratung, Online-Coaching, Videoformate, Elternbriefe, Podcasts, Elternblogs und Chats. Wo es konkret um Kinderschutz geht, braucht es Inaugenscheinnahme und Angebote im Freien, zum Beispiel Spaziergänge in kleinem Rahmen. Die Plakat- und Flyer-Aktion „Kein Kind alleine lassen“ bekommt große und positive Resonanz. Sie wird vom Deutsche Städtetag und der Gewerkschaft GEW unterstützt und verbreitet. Über soziale Medien – Instagram, Facebook et ceterea – werden Kinder und Jugendliche direkt angesprochen.

Für Kinder und Jugendliche im ambulanten Wohnen ist es besonders hart zu sehen, wie Familien zusammenrücken, in dem Wissen, dass sie nach ihren Gewalterfahrungen kein Zuhause haben, wie es in den Medien vermittelt wird. Die MitarbeiterInnen, die hier jeden Tag bei Existenzängsten oder Regelverweigerungen Sicherheit vermitteln sollen, sind ebenfalls als systemrelevant einzu-

Foto: Sandy Millar / Unsplash

stufen, ebenso wie alle Fachkräfte der Jugendhilfe.

„Prevention in all Policies“ unter erschwerten Bedingungen

Die Kommunale Ebene hat oft den direkten Blick und die Kenntnis über die Angebote in Gemeinde und Stadtteil. Das sollten sie nutzen, um zu erfahren, was gut funktioniert, wo es Schwierigkeiten gibt und wo sie unterstützen können und müssen. Dazu ist es sinnvoll, Informationen bei der Exekutive einzuholen und Druck zum Handeln zu entfalten. Insbesondere müssen die Wirkungen und Rückwirkungen der Entscheidungen in allen Politikfeldern auf Kinder und Familie berücksichtigt werden.

Strukturen erhalten!

Die Arbeit der Jugendämter ist durch Corona stark eingeschränkt. Die Finanzierung ist für einige Jugendhilfeträger unklar. Dadurch besteht die Gefahr, dass wichtige Strukturen wegbrechen. Bei sexueller Gewalt geht es oft darum, Kindeswohlgefährdung durch einen Besuch in der Familie zu klären.

Hier sind die Rückmeldungen aus den Ämtern zu notwendigen Hausbesuchen unterschiedlich. Es gibt sowohl Weigerungen mit Verweis auf die Infektionsgefahr als auch die ordnungsgemäße Erreichbarkeit und umgehendes Handeln. Für Systemrelevanz, Sicherung der Finanzierung von Einrichtungen und Trägern sowie gesicherten Zugang zu Infektionsschutzmaßnahmen muss es klare Regeln geben. Wenn Kinder und Jugendliche nach Lockerungsmaßnahmen wieder einfacher Zugang zu Hilfsangeboten bekommen, ist davon auszugehen, dass die Nutzung stark ansteigen wird.

Wie unter einem Brennglas hat der Lockdown die Bedeutung von Kinderschutz und die Bedrohung von Kindern und Jugendlichen durch familiäre und häusliche Gewalt nochmal deutlicher gemacht. Viele BürgerInnen, Betroffene und ihr Umfeld haben in dieser Zeit wahrgenommen, dass es gerade wir Bündnisgrüne sind, die das Thema medial immer wieder angesprochen und damit präsent gehalten haben. Damit übernehmen wir Verantwortung auch für die Zukunft.

Kommunal Verantwortliche können und müssen Netzwerke fördern, Öffentlichkeit herstellen und Finanzierung sichern. Nur so gibt es eine reelle Chance, der Machtausübung durch Gewalt und sexualisierter Ausbeutung Grenzen zu setzen – während und nach der Pandemie.

> Wolfgang Schmidt ist Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft Gesundheit und Soziales des Landesverbands Berlin von Bündnis 90/Die Grünen.

Mehr zum Thema …

Prävention

Maria Lüttringhaus und
Markus Wegenke:
Kindeswohl – Ein ewiger Balanceakt

In: AKP /2019, Seite 15 ff., PDF auf akp-redaktion.de: gruenlink.de/1sah